

01. Oktober 2025

## Schriftliche Anfrage

von Michele Romagnolo (SVP)  
Samuel Balsiger (SVP)  
Johann Widmer (SVP)

Im Tagblatt vom 19. September 2025 wurde berichtet, dass die Sozialdemokratische Partei (SP) im Kanton Zürich Beratungen zu Einbürgerungsverfahren durch Expertinnen und Experten anbietet. Dies wirft zusätzlich Fragen im Hinblick auf die Unabhängigkeit der involvierten Personen auf:

Gemäss den bundesrechtlichen Bestimmungen zur Einbürgerung ist vorgesehen, dass Personen, die ein Einbürgerungsverfahren durchlaufen, insbesondere über ausreichende Kenntnisse einer Landessprache verfügen müssen. Dazu gehören sowohl mündliche als auch schriftliche Sprachkenntnisse.

Ferner ist in den rechtlichen Grundlagen festgehalten, dass eine Person nicht eingebürgert werden darf, wenn die erforderlichen sprachlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Prüft der Stadtrat systematisch, ob die Vorgaben des Bundesrechts im Rahmen von Einbürgerungsverfahren vollständig eingehalten werden, insbesondere hinsichtlich der Sprachkompetenzen (schriftlich und mündlich)?
2. Wie wird sichergestellt, dass Bewerberinnen und Bewerber über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und nicht ausschliesslich mit fremdsprachigen Redewendungen auftreten.
3. Welche Kontrollmechanismen bestehen, um sicherzustellen, dass Personen, die am Einbürgerungsverfahren mitwirken (z.B. Mitarbeitenden der Verwaltung, Mitglieder politischer Gremien), unabhängig und nicht befangen sind?
4. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass keine Interessenkonflikte entstehen, wenn Organisationen oder Parteien Beratungsangebote machen, während deren Mitglieder gleichzeitig in Verwaltungsstellen oder politischen Gremien über Einbürgerungen mitentscheiden?
5. Bestehen Transparenz – oder Offenlegungspflichten für Personen, die einerseits an Entscheidungsprozessen beteiligt sind, andererseits aber auch in beratenden Organisationen tätig sind?
6. Gelten in solchen Fällen konkrete Ausstanspflichten, und wie wird deren Einhaltung kontrolliert?
7. Gibt es in der Vergangenheit Fälle, in denen solche Befangenheit – oder Unabhängigkeitsfragen festgestellt wurden?

Fall ja: Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen.

